

VertraulichMemorandum

Gespräche in den Vereinigten Staaten am 5.-7. Oktober 1961 mit einflussreichen Persönlichkeiten veranlassen mich zu folgenden Hinweisen:

I. Berlin

- 1.) Die Festigkeit der Regierung der Vereinigten Staaten, ^{die Position} ~~Westberlin~~ unter allen Umständen zu halten, wird ^{in Deutschland} vielfach unterschätzt. Tatsächlich haben sich die USA selten in ihrer Geschichte auf einen geografischen Punkt und seine Erhaltung derartig festgelegt. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung billigt offensichtlich diese Haltung der Regierung und das damit verbundene Risiko.
- 2.) Es wäre verhängnisvoll, wenn in massgebenden amerikanischen Kreisen die Meinung Platz griffe, das mit der Berlin-Krise verbundene ~~letzte~~ Risiko werde von der deutschen Seite nicht voll mitgetragen. In der ~~strategischen~~ Konzeption für Fälle, in denen Berlin akut bedroht sein würde, scheint zurzeit ~~zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik~~ keine einheitliche Auffassung zu bestehen. Diese Situation kann zu einer Schwächung der Position Berlins ^{führen} und zu einer Entfremdung zwischen der Bundesrepublik und dem amerikanischen Bündnispartner ^{beitragen} führen. Es kann gewiss nicht ~~im deutschen Interesse liegen, die Entschlossenheit der Amerikaner zu schwächen durch eine Haltung, die in den Vereinigten Staaten den Eindruck erwecken könnte, als ob die Bundesrepublik nicht bereit sei, sich voll zu engagieren.~~
- 3.) Alle drei alliierten Grunderfordernisse für eine Berlin-Vereinbarung

- a) westliche Rechte und Anwesenheit der alliierten Garnisonen,
- b) freier Zugang,
- c) Freiheit der Bevölkerung und Lebensfähigkeit der Stadt

bedürfen der Interpretation.

zu a: Es wird nicht übermäßig klar genug verstanden, dass nach dem brutalen Bruch der Viermächte-Vereinbarungen über ganz Berlin die Verantwortlichkeit der Drei Mächte für Westberlin unangetastet bleiben muss und nicht etwa durch einen sog. Viermächtestatus für Westberlin ersetzt werden darf. Die originären Rechte der Westmächte bieten mehr Sicherheit und enthalten weniger Risiken als jede andere bisher erörterte Konstruktion.

zu b: Es besteht Grund zu der Unterstreichung, dass das Recht auf freien Zugang selbstverständlich nicht nur für die Garnisonen zu gelten hat, sondern ebenso auf die Zivilbevölkerung angewendet werden muss. Die vertraglich geregelten Luftkorridore müssen unkontrolliert bleiben. In Bezug auf die Landverbindungen muss der erste Versuch gemacht werden, eine Verbesserung ^{des bestehenden} ~~in Übereinstimmung mit den Interessen der Beteiligten~~ ^{Zustandes} zu erzielen. Hier wird es darauf ankommen, sich nicht mit Grundsatzformulierungen zufrieden zu geben, sondern ~~in~~ ^{fortwähren} die technischen Details einzusteigen bzw. solche Details ^{durch Sachverständige} im Auftrag der Vier Mächte ausarbeiten zu lassen.

zu c: Bei aller Zuneigung zu Berlin bestehen ^{große} ~~hier die~~ grössten Unklarheiten. Es kann nicht stark genug betont werden, dass die Lebensfähigkeit der Stadt nicht gewährleistet ist, wenn Westberlin nicht zum Währungs-, Wirt-

schafts- und Rechtsgebiet der Bundesrepublik gehört. Von der Aufrechterhaltung dieser Verklammerungen ^{hängt} ~~ist~~ das Vertrauen der ^{Berliner} ~~Berliner~~ in die Zukunft ihrer Stadt ab. Diese Bindungen dürfen nicht geschwächt, sie sollten im Gegenteil ^{gestärkt} ~~verstärkt~~ werden. Dies wäre auch die deutlichste Antwort an die Adresse ^{Federer} ~~Federer~~, die ^{nicht auf} ~~einen~~ faulen Kompromiss ^{mit dem Rezept-dog einhalten} ~~in der Berlin-Frage mit dem Hinweis~~ darauf vorbereiten möchten, dass Westberlin auf die Dauer ohnehin nicht lebensfähig sei.

4.) Unter dem Dach der Dreimächte-Verantwortung für Westberlin ^{könnte} ~~kann~~ sehr wohl der Weg dafür freigemacht werden, dass Westberlin mehr als bisher seine Aufgabe als Land der Bundesrepublik spielen kann. Eine genaue ^{Be} ~~U~~mschreibung dessen, was sein ~~darf~~ und was nicht sein darf, würde allen legitimen Sicherheitsinteressen Rechnung tragen können. Nach der Annektion Ostberlins durch das Zonenregime würde es ^{geradezu} ~~es~~ / der Logik entsprechen, alliierte Vorbehalte gegen die Stellung Westberlins als Land der Bundesrepublik ^{abzugeben} ~~aufzugeben~~, ohne dadurch die ~~Schutzfunktion~~ ^{Schutzfunktion} und die oberste Gewalt der ~~Drei Mächte~~ ^{offiziell} anzutasten. Auf ^{offiziell} ~~amerikanischer~~ Seite ^{vorne herrschen} ~~gibt es teilweise~~ eine Neigung, ^{steht die} ~~die~~ Erörterung dieses Themas auf das wirtschaftliche und kulturelle Gebiet zu begrenzen. ^{Es} ~~Es~~ gibt ^{es} ~~aber~~ auch die Bereitschaft, das Thema in seiner Gesamtheit zu erörtern. Diese Bereitschaft ~~wirkt~~ ~~allerdings~~ ~~in~~ ~~Frage~~ ~~gestellt~~ ~~werden~~, falls fraglich wäre, ob die Bundesrepublik selbst eine Straffung ihres Verhältnisses zu Berlin wünscht und erstrebt.

5.) Es sollte betont werden, dass Berlin ^{und die Bundesrepublik} ~~nicht~~ an einem ^{Interims-Abkommen} ~~Interims-Abkommen~~ interessiert sein kann, da es das

Die sind im Kopf
der Selbstbestimmungsrecht
des Volkes ist,

Friede bringen
in westlichen Lager,

Das manchen
Personlichkeiten

Gefühl der Unsicherheit nicht beheben, sondern eher noch verstärken würde.

II. Vereinte Nationen

Die Westmächte beabsichtigen weiterhin nicht, das Berlin-Problem von sich aus vor die Vereinten Nationen zu bringen und zwar vor allem wegen der Risiken einer schwer kontrollierbaren Kompromiss-Resolution in der Vollversammlung, die die Rechte des Westens mindern könnte. Falls Berlin von anderer Seite zu einem Thema der ^{Vollversammlung} ~~UN~~ gemacht würde, werden die Westmächte versuchen, die Initiative an sich zu reißen. *Die Ausprägung des Sicherheitsrats bleibt für eine besondere Situation vorbehalten.*

Vorschläge, das Hauptquartier der UN nach Berlin zu verlegen, sind ^{nicht} unrealistisch. Allenfalls liesse sich die Verlegung einer Sondereinrichtung ^{behörden} der UN erreichen.

Es sollte möglich sein, in geeigneter Weise einen eindringlichen Appell an die Menschenrechtskommission der UN zu richten und darzutun, was die durch Berlin gezogene Schandmauer ^{Ein solcher} ~~in Wirklichkeit~~ bedeutet. Dieser Schritt könnte auch dazu beitragen, humanitäre Hilfe für die ^{Opfer} Dauer der Abmauerung zu mobilisieren.

In amerikanischen und anderen alliierten Kreisen herrschen weithin unklare Vorstellungen darüber, was die Mauer wirklich bedeutet. Im Vordergrund vieler Diskussionen steht die Frage, ob man am 13. August drastische Gegenmassnahmen hätte anwenden sollen. Es wird vielfach nicht geglaubt, dass es sich am 13. August als unmöglich erwies, auch nur einen unmittelbaren energischen Protest zu veranlassen. Interessierte Kreise fragen sich, was vor dem

*Die in der Zusammenfassung
betroffenen Menschen
sind für unsere
ganzen Völk*

13. August hätte geschehen können, um Zeitplan und Themenstellung der östlichen Seite zu beeinflussen. *Von anhaltend*

III. Deutschland-Frage

1.) Die amerikanischen Sondierungen mit der Sowjetunion haben bisher noch keine Verhandlungsbasis ergeben. Verlautbarungen der amerikanischen Presse entsprechen nicht den Realitäten, eilen ihnen vielleicht aber voraus. Es ist unverkennbar, dass die Regierung der USA den Wunsch hat, zu einem Abkommen zu gelangen, das einige Dauer verspricht.

2.) *within* Zu den Themen, die *als* verhandlungsmöglich gelten, gehören offensichtlich

- a) ~~die~~ Anerkennung der Oder-Neisse-Linie,
- b) eine Art faktischer Anerkennung des ~~des~~ Zonenregimes,
- c) eine Zone begrenzter oder kontrollierter Rüstung *an* in Mitteleuropa.

Die Auskünfte, *darüber* wieweit die Fühlungnahmen mit den Verbündeten und mit dem weltpolitischen Widersacher in diesen Punkten gegangen sind, sind recht unterschiedlich. *Auf eine Kommunikation wird hier deshalb verzichtet.*

3.) Relativ häufig stösst man auf das Argument von der "Realität" der deutschen Spaltung. Es ist jedoch durchaus möglich, Verständnis für die andere Realität zu finden, dass das deutsche Volk sich mit der Spaltung nicht abfinden wird. Es wird mit letzter Klarheit gesagt werden müssen, dass wir die Teilung nicht anerkennen können, auch wenn wir mit ihr leben müssen. Nur ein deutlich manifestierter Wille unseres Volkes wird die Verbündeten davon überzeugen können, dass wir es mit der Wiedervereinigung ernst meinen und dass wir uns mit den gegenwärtigen *Verhältnissen* / nicht abgefunden haben.

*Frage wird darauf
beantwortet, dass die von
den Verbündeten
des Ostblocks
begehrte
für den eingetragenen
Fall nicht vorzuziehen
wäre.*

Unsere Verbündeten ~~fühlen sich verständlicherweise nicht verpflichtet, sich unsere Köpfe zu zerbrechen.~~ Sie erwarten deutsche Beiträge zur Beantwortung der uns gemeinsam gestellten Fragen.

Dies ist nicht die Zeit für Uneinigkeit und Misstrauen, sondern für Zusammenarbeit und vertrauensvolle Verständigung. *In diesem Sinne sollte sich - ohne einen zu F*

Jeder Tag, der vergeht, ohne dass der deutsche Standpunkt fixiert und auf breiter Basis zur Geltung gebracht wird, bedeutet einen Schaden für die deutsche und die westliche Sache.

W.B.

Berlin, 11.10.61

Dieses Memorandum ist ~~in 6 Ex.~~ ^{in 7} ausgefertigt worden.

*F. Verhören -
die öffentliche
keinen) be-
flusst werden.*

*in einem Original
und 6 Kopien*